

**Grenzecho**  
19.07.2013

Kammer: Große Mehrheit sagt Ja

## Justizreform in trockenen Tüchern



Justizministerin Annemie Turtelboom (Foto) sprach in der Kammer von einer „historischen“ Justizreform.

Wie erwartet hat die Kammer unmittelbar vor Beginn der Parlamentsferien die seit Jahren diskutierte Justizreform verabschiedet. Das Gesetz sieht eine Neuordnung der Gerichtsbezirke vor - der deutschsprachige Bezirk in Eupen bleibt erhalten.

Auch wenn es die einen oder anderen kritischen Stimmen gab, votierten die Vertreter der Mehrheitsparteien für das Projekt, das von Justizministerin Annemie Turtelboom (Open VLD) vorbereitet worden war. Gegen die Stimmen von N-VA, FDF, LDD und Vlaams Belang bei Enthaltung der beiden grünen Parteien wurde beschlossen, die Zahl der Gerichtsbezirke von derzeit 27 auf zwölf zu reduzieren: jeweils einen Bezirk für die zehn Provinzen sowie die „provinzfreie“ Region Brüssel und für das Gebiet deutscher Sprache. Zudem kommt ein Unterbezirk in Hennegau: Auch Charleroi erhält - neben Mons - einen Prokurator des Königs.

Die Justizministerin nannte die Neuordnung „historisch“. Sie soll den Magistraten mehr Autonomie geben und das Management der Justiz verbessern. Jeder Gerichtsbezirk erhält eine eigene Staatsanwaltschaft und ein Gericht Erster Instanz. Friedensrichter werden nicht mehr auf Kantons-, sondern auf Bezirksebene ernannt, was für mehr Flexibilität (beispielsweise im Krankheitsfall) sorgen soll. Trotz der neuen Organisation soll sich für die Bürger nicht viel ändern. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft war seit Jahren Lobbyarbeit für den Erhalt des eigenen Gerichtsbezirkes geleistet worden. Denn in der Vergangenheit war immer wieder über eine Zusammenlegung der Gerichtsbezirke Huy, Verviers und Eupen diskutiert worden.

In Ostbelgien war seit Jahren Lobbyarbeit für den Erhalt des eigenen Gerichtsbezirkes geleistet worden. Seit Jahren wurde über eine Fusion der Bezirke von Huy, Verviers und Eupen diskutiert.

Die Föderalabgeordnete Katrin Jadin (PFF/MR) hatte bereits in den Jahren 2008 und 2010 einen Gesetzesvorschlag hinterlegt, dessen Hauptziel es war, den Eupener Gerichtsbezirk beizubehalten: Hierzu schlug sie unter anderem vor, Handels- und Arbeitsgericht unter dem Dach des Eupener Gerichts Erster Instanz zu vereinen. Dies spare nicht nur unnötige Kosten, sondern löse auch zum Teil ein Personalmangelproblem und antworte optimal auf den Sprachenbedarf, hieß es in einer Mitteilung der PFF-Politikerin.

Im Zuge der jüngsten Debatten zur Justizreform hinterlegte die Abgeordnete außerdem einen Abänderungsvorschlag, damit Gerichtsvollzieher in Zukunft nur dann in der Deutschsprachigen Gemeinschaft arbeiten, wenn sie auch der deutschen Sprache mächtig sind. Außerdem setzt sich die Abgeordnete dafür ein, dass die Anzahl Notare im deutschsprachigen Justizwesen bestehen bleibt und die Anzahl der Mitarbeiter der Ministerien (FÖD) angehoben wird, um eine möglichst eigenständige Arbeitsweise des zu erhaltenden Gerichtsbezirks zu gewährleisten. „Letzteres Vorhaben steht zurzeit leider noch in der Schwebe“, so Jadin, sie sich dennoch über die Reform freute: „Mein Gesetzesvorschlag zum integrierten Gerichtsbezirk wurde vollständig in die Justizreform übernommen. Und auch der Abänderungsvorschlag bezüglich der Gerichtsvollzieher wurde im entsprechenden Gesetzesentwurf aufgegriffen. Das ist schon eine Errungenschaft, die ich persönlich nicht in dem Maße erwartet hatte.“

Zufrieden reagierte am Tag nach der Verabschiedung auch die CSP: „Wir sind froh, dass sich der Einsatz der Deutschsprachigen für den Erhalt des Gerichtsbezirks Eupen bis zur Verabschiedung der neuen Gesetzestexte ausgezahlt hat“, wurde der CSP-Vorsitzende Luc Frank zitiert. „Der eigene Gerichtsbezirk ist und bleibt die richtige Antwort, um den Besonderheiten unserer Gemeinschaft Rechnung zu tragen. Das Grundrecht der Deutschsprachigen, Rechtsstreitigkeiten vor dem Richter in ihrer Muttersprache beilegen zu können, muss gewährleistet sein“, so Frank.

Deshalb hatte das Parlament der DG (PDG) zuletzt im Februar des vergangenen Jahres mit einer von allen Parlamentsfraktionen verabschiedeten Resolution an die Föderalregierung darauf hingewiesen. (belga/sc)